

KHAGENDRA PRASAI

# EINHEITSPARTEI AUS MACHTKALKÜL

**DER ZUSAMMENSCHLUSS VON NEPALS KOMMUNISTEN  
FAND OHNE BETEILIGUNG DER BASIS STATT**

Seit mehr als einem Jahrzehnt spielen Nepals linke Parteien eine wichtige Rolle im politischen Betrieb. Stets hätte es für linke Mehrheiten gereicht. Aber die Parteien waren zerstritten und bekämpften sich gegenseitig. Nun haben die beiden größten Konkurrenten – die Marxisten-Leninisten und die Maoisten – ihre Differenzen überwunden und sich vereinigt. Doch Kritiker\*innen beklagen, dass der Einigungsprozess schlecht vorbereitet und über die Köpfe der Basis hinweg vollzogen wurde.

Der 3. Oktober 2017 war ein historischer Tag in der Geschichte der kommunistischen Bewegung Nepals: Zum ersten Mal hatten drei linke Parteien – die Kommunistische Partei Nepals (Vereinigte Marxisten-Leninisten), abgekürzt CPN (UML), die Kommunistische Partei Nepals (Maoistisches Zentrum), abgekürzt CPN (MC), und die Partei Naya Shakti (sinngemäß: Neue Kraft)<sup>1</sup> – ihr Zusammengehen in einer Wahlallianz für die anstehenden Parlamentswahlen auf nationaler und regionaler Ebene bekannt gegeben. Obwohl sich Naya Shakti nach zwei Wochen wieder aus dem Bündnis zurückzog, hielten Marxisten-Leninisten und Maoisten an dem Plan fest und errangen wenig später einen überwältigenden Erfolg bei den Wahlen. Das führte am 17. Mai 2018 dazu, dass die beiden größten linken Parteien des Landes erklärten, sich zu einer neuen Partei zusammenschließen zu wollen – zur Nepalesischen Kommunistischen Partei (Nepal Communist Party, NCP).

## ANGST VOR MISSEFOLG

Das Zusammengehen der Kommunisten in einem Wahlbündnis war selbst für viele Parteimitglieder und Wähler\*innen beider Lager eine Überraschung. Gab es doch handfeste Gründe, die gegen eine Allianz sprachen. Zum einen waren sich beide Parteien über Jahre hinweg auf persönlicher, politischer und ideologischer Ebene in inniger Feindschaft verbunden. Zum anderen hatten ihre Führungsspitzen noch kurz vor dem Zusammenschluss bei den Kommunalwahlen Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien wie der nepalesischen Kongresspartei gegen den jeweils anderen geschmiedet. Zudem hatten einflussreiche Führungskräfte auf beiden Seiten ein Zusammengehen jahrelang aktiv bekämpft.

Auch die beiden Parteiprogramme unterschieden sich in wichtigen theoretischen Fragen. Die Ideologie der CPN

(UML) beruhte zwar auf dem Marxismus-Leninismus, doch trat die Partei im Rahmen der Verfassung und des demokratischen Mehrparteiensystems für eine friedliche Transformation der nepalesischen Gesellschaft ein. Die Maoisten dagegen haben immer wieder betont, dass der Marxismus-Leninismus-Maoismus eine eigenständige «Theorie» sei, nach der ein «revolutionärer Schock» die Voraussetzung für den entscheidenden Sieg der sozialistischen Volksrevolution sei.<sup>2</sup>

Nun räumte die CPN (UML) ein, dass sich die Maoisten seit Ende des Bürgerkrieges 2006 Schritt für Schritt von ihren linksradikalen Positionen verabschiedet hätten. Gleichwohl, so hieß es, sei diese Transformation nicht abgeschlossen. Daher sei die politische Auseinandersetzung mit ihnen weiterhin notwendig. Die Maoisten wiederum warfen den Marxisten-Leninisten Besitzstandswahrung vor, da sich die Partei längst von revolutionären Ideen verabschiedet habe und mit ihrer Politik gegen die Interessen des Volkes handle.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund schien eine Vereinigung der Parteien unvorstellbar.

Dass es dann doch dazu kam, dafür haben einige marxistische Vordenker des Landes verschiedene Erklärungen. Ghanashyam Bhusal, ein renommierter Theoretiker und Spitzenpolitiker der damaligen CPN (UML), führt die Bildung des Wahlbündnisses auf tagespolitische Aspekte zurück: So hätten beide Parteien erkannt, dass die hindu-nationalistische Regierung im benachbarten Indien die jahrelange politische Instabilität in Nepal nutzte, um zunehmend Druck auf das Land auszuüben. Innenpolitisch habe die CPN (UML) eine große Allianz gegen sich gefürchtet und ein schlechtes Abschneiden bei den Parlaments- und Regionalwahlen unbedingt verhindern wollen. Gleichzeitig hätten sich die Maoisten dem Einfluss der Kongresspartei entziehen wollen, mit

der sie bereits kooperiert hatten.<sup>4</sup> Bhusal glaubt, dass es letztendlich vor allem die Angst vor Misserfolg gewesen sei, die beide Parteien «gezwungen» habe, sich anzunähern und ein Wahlbündnis zu schmieden.

Allerdings sieht Bhusal auch positive Faktoren im Prozess des Zusammengehens. So hätten sich die Parteien in theoretischen Fragen angenähert. Beide hatten auf ihren jeweiligen Parteitag erklärt, dass Nepal keine – wie lange behauptet – feudalistische Gesellschaft mehr sei, sondern in erster Linie eine kapitalistische. Daher seien die wirtschaftliche Entwicklung und die Vorbereitungen auf eine sozialistische Transformation des Landes letztlich politische Ziele beider Parteien – trotz unterschiedlicher Begrifflichkeiten. Für Bhusal sind diese Gemeinsamkeiten daher ebenfalls eine wichtige Grundlage für die Vereinigung.<sup>5</sup>

Auch der marxistische Gelehrte Shyam Shresta sieht kulturelle, ideologische und ethnische Ähnlichkeiten bei beiden Parteien. Er glaubt den Grund für die Vereinigung vor allem in der Transformation von CPN (UML) und CPN (MC) zu sehen. Beide hätten sich zu reformistischen und «pragmatischen» parlamentarischen Parteien gewandelt, die den Kommunismus zwar noch im Namen und die Idee des Sozialismus vor sich hertrügen, allerdings als hohle Phrasen für ihre Anhänger\*innen und für die Öffentlichkeit. Shresta behauptet, dass die Vereinigung unmöglich gewesen wäre, wenn auch nur eine der Parteien «wirklich links» geblieben wäre.<sup>6</sup>

#### **PURER MACHTERHALT**

Solche Beobachtungen und Überlegungen, die eine ideologische Annäherung hervorheben, sind aber nur ein Aspekt des Vereinigungsprozesses. Es ging nicht nur um Theorie und Ideologie, sondern es ging auch um Machtpolitik. So wollten die Führungen beider Parteien ihre jeweiligen Machtpositionen festigen. In beiden Lagern hatte man gerechnet und festgestellt, dass ohne ein Zusammengehen – in welcher Form auch immer – bei den Wahlen der Verlust von Stimmen und damit von politischem Einfluss drohte. Man sah also die Notwendigkeit, die Gräben zu überwinden, um nicht Macht und Einfluss zu verlieren. Erleichtert wurde dieser Schritt durch den von den Spitzenpolitikern ausgelebten Widerspruch zwischen dem Anspruch, links zu sein, und der Wirklichkeit ihres bürgerlichen Lebensstils. Außerdem hatten beide Parteien in den letzten Jahren kapitalistische Regierungsprogramme aktiv unterstützt.

Die Parteieliten waren es dann auch, die den Prozess der Vereinigung von Anfang an steuerten. Nur ein kleiner Kreis von machtbewussten Spitzenpolitikern, die das Vertrauen der jeweiligen anderen Seite besaßen, war eingebunden. Während des gesamten Vereinigungsprozesses wurden Forderungen aus den Parteien nach mehr innerparteilicher Demokratie und Teilhabe an den Rand gedrängt, verworfen und unterdrückt. Es gab keinerlei Transparenz. Erfolg oder Misserfolg der Vereinigung waren abhängig von den Verhandlungen der obersten Parteiführung. Erst als sich diese auf ein gemeinsames Vorgehen und eine Doppelspitze für die neue Partei verständigt hatten, kam die Sache allmählich auch an der Basis in Schwung.

Doch auch nach vollzogener Vereinigung ging es den Parteieliten vor allem um die Konsolidierung ihrer Macht. Sie sorgten dafür, dass für das mächtige Exekutivkomitee nur Persönlichkeiten nominiert wurden, die ihnen genehm waren. Die Intention des Machterhalts und des Machtausbaus spiegelt sich auch in Formulierungen des vorläufigen Par-

teiprogramms wider. So wird dem Zentralkomitee, das im Kern ein Verwaltungsgremium der Partei sein sollte, enormer politischer Einfluss zugestanden. Es soll unter anderem die Tagesordnungen für die Treffen des Politbüros und anderer Parteigremien vorbereiten, über wichtige Programmfragen entscheiden und zwischen den Sitzungen des Politbüros Entscheidungen zu politischen und organisatorischen Fragen der Partei treffen können. In den Statuten der neuen Partei wird das Zentralkomitee überdies ermächtigt, Personalentscheidungen für Parteigremien bis hinunter auf die lokale Ebene vorzunehmen.

Dabei ist das Komitee eigentlich zu groß, um sinnvolle Entscheidungen dieser Tragweite zu treffen. Zudem ist es programmatisch gar nicht vorgesehen, dass es sich regelmäßig trifft. Und schlimmer noch: Dominiert wird das wichtige Gremium, wie erwähnt, von Mitgliedern, die handverlesen und den Parteispitzen gegenüber unkritisch sind. Diese Faktoren haben die Machtstrukturen innerhalb der Partei auf autoritäre und unzulässige Weise konsolidiert.

#### **THEORIEBILDUNG SYSTEMATISCH AUSGEBLENDET**

Es ist bekannt, dass Theoriedebatten ein Lebenselixier demokratischer Parteien sind. Leider wurde der Vereinigungsprozess der kommunistischen Parteien Nepals dadurch weder initiiert noch vorangetrieben. Es gab nicht einmal den Versuch, eine rationale Vereinbarung zu wichtigen theoretischen und organisatorischen Fragen zu erarbeiten, geschweige denn eine Einigung zwischen den Flügeln herzustellen. Allein der Machterhalt des Partei-Establishments stand im Vordergrund. Aus diesem Grund zeigten die Spitzen beider Seiten auch kein Interesse an theoretischen Fragen. Theoriebildung wurde systematisch ausgeblendet oder verwässert.

Aus der «Joint Declaration of Party Unity» (Gemeinsame Erklärung zur Einheit der Partei) und den ihr nachfolgenden Dokumenten wird deutlich, dass man keine substantielle Anstrengung unternommen hat, um Klarheit hinsichtlich der ideologischen und theoretischen Grundlagen der neuen Partei zu schaffen. In der Erklärung heißt es etwa: «Die von der CPN (UML) anerkannten theoretischen und politischen Prinzipien der Mehrparteiendemokratie und das von der CPN (Maoistisches Zentrum) entwickelte Prinzip der «Demokratie des 21. Jahrhunderts» werden zu einer am Sozialismus orientierten Volksdemokratie weiterentwickelt und den veränderten Bedingungen angepasst.»<sup>7</sup> Was der Begriff Volksdemokratie jedoch bedeuten soll, ist völlig unklar; er muss in Nepal erst entwickelt und mit Leben gefüllt werden. Zudem wird im Parteiprogramm vorgeschlagen, dass alle Fragen in Bezug auf das Mehrparteiensystem, die «Demokratie des 21. Jahrhunderts» und den Maoismus von einer Generalversammlung geklärt werden sollen.<sup>8</sup> Das zeigt, dass die Einheit der Parteien ohne Erarbeitung einer theoretischen Grundlage vollzogen und die Beantwortung wichtiger Fragen auf die Zukunft vertagt wurde.

Zudem gibt es Verwirrung bezüglich bereits ausgearbeiteter theoretischer Grundlagen. Einerseits ist die neue Partei den Prinzipien des Marxismus-Leninismus als Leitmotiv verpflichtet, andererseits werden friedlicher demokratischer Wettstreit, Verfassungshoheit, eine offene pluralistische Gesellschaft sowie die Notwendigkeit einer frei gewählten und demokratisch legitimierten Regierung samt politischer Opposition unterstützt.<sup>9</sup> Aber wie kann der Leninismus, der die

Diktatur des Proletariats propagiert, mit Prinzipien einer modernen Demokratie versöhnt werden?

Widersprüche gibt es ebenfalls hinsichtlich des Anspruchs der Partei in Fragen von Klasse und Repräsentation. Die Partei möchte «eine politisch repräsentative Institution der Angehörigen der nepalesischen Arbeiterklasse» sein und will gleichzeitig die Interessen von Arbeiterschaft, Landbevölkerung, Kleinbürgertum und Bourgeoisie vertreten, ungeachtet ethnischer Zugehörigkeit, Sprache und Kultur.<sup>10</sup> Das ist erstaunlich. Wie kann der Repräsentant der Arbeiterklasse gleichzeitig Repräsentant des Bürgertums sein? Zudem bleibt unklar, was mit den Interessen von Ethnien, Sprachen und Kulturen überhaupt gemeint ist. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Formulierungen geistlos und populistisch, und es stellt sich die Frage, ob die vereinigte Partei tatsächlich eine genuin kommunistische Partei ist.

Der Autor und Aktivist Rajendra Maharjan glaubt, dass die Gründungsparteien der NCP «unaufrichtige Schein-Kommunisten» seien.<sup>11</sup> Für ihn darf sich eine Partei nicht schon als links bezeichnen, nur weil sie den Begriff Kommunismus im Namen trägt oder sich im Wahlprogramm langatmig darauf bezieht. Vielmehr müsse sich die Partei an ihrer Ideologie, ihrer Politik, ihrem Programm, ihren Intentionen, ihrem Verhalten und ihrer Kultur messen lassen. Nach Ansicht Maharjans bestehen beide Parteien diesen Test nicht. Sie würden das Label «kommunistische Partei» nur deshalb immer noch verwenden, weil Linkssein, Sozialismus und Kommunismus in Nepal bis heute populär seien.<sup>12</sup> Stimmt Maharjans These, dann müsste letztlich die «Echtheit» der vereinigten Partei hinterfragt werden.

Auch Mohan Bikram Singh, Vorsitzender einer kleinen linken Splitterpartei, anerkannter marxistischer Vordenker und Lehrmeister vieler Spitzenpolitiker\*innen von Marxisten-Leninisten wie Maoisten, stellt die Vereinigung infrage. Seiner Ansicht nach dürfe nicht von einer vereinigten kommunistischen Partei gesprochen werden, da sich bereits die beiden Gründungsparteien von den Prinzipien des Marxismus und Leninismus verabschiedet hätten.<sup>13</sup>

## **KOMMUNISMUS – BEGRIFF OHNE BEDEUTUNG**

Die Kritik an der «Echtheit» der neuen Partei wird von deren Anhänger\*innen jedoch schnell beiseite gewischt, vor allem wenn sie von außen kommt. Allerdings halten sich dieselben Leute auffällig zurück, wenn ähnliche Äußerungen aus den eigenen Reihen kommen, wie etwa vom früheren UML-Chef, heutigem NCP-Co-Vorsitzenden und amtierenden Ministerpräsidenten Khagda Prasad Oli. In einem Interview vor den Wahlen wurde Oli vom Journalisten Vijaya Kumar gefragt: «Ist das ein linkes oder ein kommunistisches Wahlbündnis?» Oli antwortete: «Es handelt sich weder um ein linkes, noch um ein kommunistisches Bündnis», und konterte mit der Bemerkung: «Die Tatsache, dass Sie Vijaya [sinngemäß: der Sieger] heißen, bedeutet ja auch nicht, dass Sie immer erfolgreich sind.»<sup>14</sup> Es scheint daher, dass der Begriff kommunistisch in Bezug auf die Partei selbst für den Parteichef keine substantielle Bedeutung mehr hat.

Er erläuterte seine Sicht der Dinge, indem er Kommunist\*innen in drei unterschiedliche Kategorien einteilte: philosophische, ideologische und politische. Er behauptete, dass heutzutage die meisten Kommunist\*innen in Nepal und weltweit der politischen Kategorie zuzurechnen seien. Es handele sich dabei um Leute, so Oli, denen es in erster Linie

um den eigenen persönlichen und wirtschaftlichen Aufstieg gehe. Und da man in Zeiten des Kommerzes lebe, habe der auch einen starken Einfluss auf die Politik und damit auch auf kommunistische Parteien.<sup>15</sup>

Ghanashyam Bhusal wird noch deutlicher. «Die Parteien unterscheiden sich anhand der Klassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder – vertreten sie die Arbeiterschaft, die Mittelschicht oder die Kapitalisten. In Nepal gibt es derzeit keinen Unterschied bei der Klassenzugehörigkeit der Mitglieder der kommunistischen Parteien und der Kongresspartei, die als Partei der kapitalistischen Kompradoren-Bourgeoisie [gemeint ist eine bürgerliche Klasse, die mit imperialistischen Kräften aus dem Ausland verbunden ist] gilt. Zudem sind die Führungskräfte der Parteien in Bezug auf ökonomischen Status, Ideologie, Verhalten und Lebensstil identisch.»<sup>16</sup>

Nach Bhusal gibt es in jeder Partei Fraktionen ohne ideologische und politische Agenda, die sich nur zusammengefunden hätten, um ihre privaten Interessen zu befriedigen. «Ausgehend vom veränderten ökonomischen Status unserer Führungskräfte wird deutlich, dass ausländisches Kapital unsere Politik fest im Griff hat.»<sup>17</sup> Darüber besorgt, wo Nepals Kommunisten im Klassenkampf der Gegenwart stehen, kommt Bhusal zu der selbstkritischen Schlussfolgerung: «Die Klassenzugehörigkeit bestimmt die Sicht auf die Gesellschaft. In der Vergangenheit haben wir zu den unteren Klassen gehört und hatten Probleme mit den höheren Klassen. Heute gehören wir selbst zur oberen Klasse und haben Differenzen mit den unteren Klassen.»<sup>18</sup>

Die Einheitspartei sollte auch vom Standpunkt der marxistischen Sozialontologie betrachtet werden. Danach ist eine kommunistische Partei eine Assoziation einer Klasse oder von Klassen mit ähnlichen Interessen. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass die Vereinigung der beiden kommunistischen Parteien auch die Vereinigung einer Klasse oder von Klassen sei. Aber es gab bislang keinerlei Bemühungen, sich theoretisch oder analytisch mit der Frage zu befassen, wie verschiedene unterdrückte Klassen und Interessen zusammengeführt werden könnten.

Stattdessen herrscht in der vereinigten NCP ein konfuses Verständnis über Fragen des Klassenstandpunkts und der Repräsentation vor, eine Konfusion, die nichts anderes ist als der Ausdruck fehlender theoretischer Grundlagen, an deren Stelle Opportunismus und Besitzstandswahrung getreten sind. So hat sich die Partei theoretisch und praktisch von den Klassen entfernt, die sie historisch stets repräsentierte. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Arbeitnehmerschaft in Nepal die Vereinigung der kommunistischen Parteien nicht als eine Vereinigung der eigenen Interessen versteht.

Betrachtet man den Klassenstandpunkt der vereinigten Partei empirisch – und zwar anhand der Leistungen der Regierung, die aus ehemaligen Marxisten-Leninisten und Maoisten besteht und die mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit regieren kann –, so hat diese Regierung bisher keine genuin linken Gesetze oder Programme auf den Weg gebracht und nichts dafür getan, dass bereits verabschiedete Reformgesetze umgesetzt werden. Die Öffentlichkeit konnte die Regierung jedenfalls noch nicht von ihrem Reformwillen überzeugen.

Und Veränderungen sind nicht in Sicht. Der Haushalt für das Finanzjahr 2018/19 (April 2018 bis März 2019) enthält trotz großer Erwartungshaltung in der Bevölkerung keine linken Reformprojekte. Im Gegenteil, oft wird die neoliberale

Politik der Vorgängerregierungen einfach fortgesetzt. Folglich hat die NCP-Regierung die hohen Erwartungen von linker Wählerschaft und Parteikadern rundum enttäuscht.

## **THEORIE UND INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE**

Haben also angesichts der geschilderten Entwicklung kommunistische Partei und linke Politik in Nepal keine Zukunft? Die Antwort lautet: Nein! In Nepal gibt es einen gesellschaftlichen Nährboden für linke Politik. Zum einen glaubt die Mehrheit der Bevölkerung noch immer an linke Ideologien und Politik, zum anderen kann der Wunsch der Nepales\*innen nach einer gerechten und prosperierenden Gesellschaft, wie sie auch in der Verfassung formuliert ist, nicht unter kapitalistischen Bedingungen Wirklichkeit werden, sondern erfordert eine linke politische Agenda.

Was die vereinigte Partei betrifft, so hat sie sich zwar bei vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen nicht als eine wirkliche Linke präsentiert, aber sie hat es geschafft, eine große Zahl vorher verfeindeter linker Kader und Intellektueller unter einem Dach zusammenzubringen. Damit sind Möglichkeiten für Interaktionen und Diskurse entstanden, die es vorher so nicht gegeben hat und aus denen sich eine neue linke Kraft formieren kann. Das wird sicher nicht von allein passieren, sondern hängt davon ab, inwieweit die Akteur\*innen gewillt sind, sich den anstehenden Aufgaben zu stellen.

Als potenziell progressive und revolutionäre Kraft steht die nepalesische Linke vor zwei Herausforderungen: Sie muss die Produktivkräfte in Landwirtschaft, Industrie, Tourismus etc. entwickeln und eine gerechte Verteilung der Ressourcen für die Bevölkerung sicherstellen – und zwar gleichzeitig. Aufgrund Nepals Abhängigkeit vom globalen kapitalistischen System bedarf es zügiger Reformen, um aus unproduktivem Komprador-Kapital produktives, im Land akkumuliertes und im Land verbleibendes Kapital zu machen. Nur so können Arbeitsplätze geschaffen, Wohlstand generiert und ein sozialer Wohlfahrtsstaat aufgebaut werden. Die zweite Aufgabe ist eine sozialistische, bei der die Produktivkräfte und die Verteilung des Reichtums demokratisiert werden müssen. Dafür bedarf es des Aufbaus von Institutionen, die neben einer gerechteren Verteilung von Gütern und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch gewährleisten, dass das Kapital unter demokratische Kontrolle gebracht wird. Die Umsetzung dieser Aufgaben ist zweifellos eine gewaltige Herausforderung, denn die Linke muss dabei den Konflikt mit den Kräften des nationalen und globalen Kapitals suchen.

In Fragen von Theorie und Praxis sind die unmittelbaren Aufgaben für Nepals Linke: (1) Sie muss sich theoretische Klarheit darüber verschaffen, wie sich die nepalesische Gesellschaft gegenüber dem globalen Kapitalismus verhalten soll, und eine Strategie formulieren, welche revolutionären Schritte möglich und erstrebenswert sind; (2) sie muss die Klasse oder die Klassen identifizieren, die die Linke potenziell repräsentieren und organisieren kann; und sie muss (3) innerparteiliche Demokratie etablieren, um eine starke, lebendige linke Partei zu schaffen.

All das sind große Herausforderungen, weil die Etablierung innerparteilicher Demokratie und das Führen ernsthafter theoretischer Debatten von den Spitzen beider kommunistischer Parteien stets systematisch verhindert worden sind. Nun scheint sich das in der vereinigten Partei fortzuset-

zen, in der durch das vorläufige Parteiprogramm die Macht erneut in den Händen weniger konzentriert wird. Die Etablierung demokratischer innerparteilicher Strukturen in der Nepalesischen Kommunistischen Partei ist die wahrscheinlich wichtigste Aufgabe, damit die neue Partei zu einer wirklich linken Partei wird, denn eine genuine linke Partei muss zwangsläufig demokratisch strukturiert sein.

Khagendra Prasai unterrichtet Politische Philosophie an der Tribhuvan University in Kathmandu. Zuvor hat er unter anderem an der State University of New York, USA gelehrt. Zudem leitet er das Centre for Nepal Studies, einen linken Thinktank, mit dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit Jahren zusammenarbeitet.

Übersetzung: Stefan Mentschel, Leiter des Regionalbüros Südasiens der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi.

**1** Die CPN (UML) ist seit 1991 im Parlament vertreten; die CPN (MC) ist 2006 aus der CPN (maoistisch) hervorgegangen, die von 1996 bis 2006 mit Waffengewalt gegen den nepalesischen Staat gekämpft hat; Naya Shakti entstand 2016 unter Regie des früheren Vizekommandeurs der Maoisten, Baburam Bhattarai. **2** The Political Report, erarbeitet von der Seventh National Unity Convention, 2.–6.2.2013, S. 61. **3** The Political and Organization Proposal verabschiedet von der First National Conference, 1.–6.5.2014, S. 9. **4** Kantipur Dainik (Zeitung) vom 11.10.2017. **5** Ebd. **6** Kantipur Dainik vom 22.5.2018. **7** Kantipur Dainik vom 17.5.2018. **8** Kantipur Dainik vom 20.7.2018. **9** The Joint Declaration of the Party Unity, 17.5.2018. **10** The Interim Constitution, S. 1. **11** Kantipur Dainik vom 10.10.2017. **12** Ebd. **13** Emisionkhabar.com, 6.6.2018 **14** The Annapurna Post vom 1.12.2017. **15** Ebd. **16** Kantipur Dainik vom 11.10.2017. **17** Ebd. **18** Ebd.

---

## **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE 10/2018 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V.i.S.d.P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de  
ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: Oktober 2018

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation